bnr.de
blick nach rechts

22. Jahrgang | 11 | 25. Mai 2005

Rechte Szene 2

"Geistig-politische Gegenfront"
Die „Dresdner Schule" der NPD ist eine Kampfansage an die liberale Demokratie.

Abgeschlagen
Debakel für Rechtsextreme in NRW – die Republikaner rüsten jetzt zur Bundestagswahl.

Briefkastenfirma
Jürgen Rieger verfügt über intensive Kontakte nach Schweden, Großbritannien und Spanien.

Verfassungschutz 4

NPD im Aufwind
Der Rechtsextremismus ist nach wie vor Besorgnis erregend stark.

„Entscheidende Kraft"
In Hamburg verzeichnet die NPD Übertritte von Neonazis und den Republikanern.

Grauzone 6

Feindbild Liberalismus
Ex-JF-Redakteur nutzt antisemitisches Forum.

Strammer Marsch
Ex-SDSler driftet immer weiter nach rechts.

Opfer angeblicher Zensur
Eine Kampfschrift über das Selbstverständnis der Neuen Rechten.

Ausland 8

Machtkämpfe
Neugründung soll National Alliance ersetzen.

"Eidgenössisch-sozialistisch"
Rechtsextremisten erobern weiteres Mandat.

Blick in die Zeitgeschichte 9

Kontinuität nach 1945
Vieles spricht dafür, über die Frühzeit der Bundesregierung historische Klarheit zu schaffen.

Demokratische Initiativen 10

Ein Ort der Information
Die Entstehungs- und Baugeschichte des Holocaust-Mahnmals.

Meldungen 11

Rechte Szene

"Geistig-politische Gegenfront"

Die „Dresdner Schule" der NPD ist eine Kampfansage an die liberale Demokratie.

Dass es dem sächsischen NPD-Landtagsabgeordneten Jürgen W. Gansel an Selbstbewusstsein mangelt, lässt sich nicht behaupten. Er war es, der im Januar mit seiner „Bombenholocaust"-Rede im Dresdner Parlament für einen Skandal sorgte und seinen eigenen Auftritt anschließend wortreich feierte: „Wir wollen die Deutschen wieder den aufrechten Gang lehren." Nun legte er quasi das Gründungsmanifest einer neuen rechten „Denkschule" vor. Seiner Erklärung über „Wesen und Wollen der ‘Dresdner Schule’" gab er die Überschrift „Frankfurt war gestern, Dresden ist heute – Denk- und Politikschule einer selbstbewussten Nation".

Die Ideologen, die die Partei rund um ihre sächsische Landtagsfraktion zusammengezogen hat, wollen es mit Kritischer Theorie und Frankfurter Schule aufnehmen. Gansel attestiert ihr eine „absichtsvolle Zerstörung des deutschen Gemeinschaftslebens. Verbrämt mit scheinhumanitären Forderungen nach ‘Demokratisierung’ und ‘Emanzipation’ führte die Frankfurter Schule einen Generalangriff auf das Volks-, Staats- und Geschichtsbewusstsein der Deutschen" Die „Achtundsechziger" nennt er eine „charakterlich und geistig verlumpte Klasse". Logische Konsequenz in den Augen des 30-jährigen Historikers, der auch dem NPD-Bundesvorstand angehört: „Wer den politischen Kampf gegen die volks- wie staatszersetzende BRD-Nomenklatura aufnehmen will, muss die Frankfurter Schule als deren Ideengeberin erkennen und eine geistig-politische Gegenfront aufbauen." Das Personal dafür steht bereit: „Um die Landtagsfraktion der sächsischen Nationaldemokraten herum ist ein Personengeflecht entstanden, das gleichermaßen von jugendlichem Idealismus, sprühendem Geist und fundamentalem politischen Veränderungswillen getragen wird." Als „Köpfe" der Schule kommen neben Gansel insbesondere die Fraktionsmitarbeiter Karl Richter und Arne Schimmer sowie Andreas Molau, stellvertretender „Deutsche Stimme"-Chefredakteur in Betracht.

Was die „Vordenker" der NPD in Sachsen zu bieten haben, ist so neu nicht. Gansels Elaborat über „Wesen und Wollen der ‘Dresdner Schule’" bietet, wenn auch in einem Tonfall, dem der gewöhnliche Stiefelneonazi wohl nur mit Mühe folgen kann, eine Ansammlung der alten Feind- und Zerrbilder: gegen „Multikulturalisten" und „Umvolker", gegen „nationale Selbstverachtung", eine „bizarre Ausländertümelei und Fernstenliebe", gegen eine „massive Landnahme durch kultur- und rassefremde Menschen", gegen „Ethnosuizid" und einen „völkerverschlingenden Globalismus", gegen „Auschwitz-Keule" und deutsche „Schuldknechtschaft". Mitstreiter Richter ergänzt die Negativliste unter anderem durch eine Absage an die „Menschenrechts-Lüge". Menschenrechte seien lediglich „ein ideologisches Konstrukt, das ... als universales Rechtsfertigungs-Vehikel einer globalen Interventions- und Einmischungspolitik zur Aushebelung nationaler Souveränitätsrechte dient."

Man könnte die Kampfansage an die liberale Demokratie mit einem Schulterzucken zur Kenntnis nehmen. Auch in der Vergangenheit hat es Ansätze gegeben, die auf eine extrem rechte Theoriebildung und Schulungsarbeit abzielten. Diesmal freilich sind die Rahmenbedingungen besser. „Es ist ein Unterschied, ob ideologische Versatzstücke nur in einschlägigen Publikationsorganen und Diskussionszirkeln des rechten Biotops erörtert werden – was erfahrungsgemäß mit dem weitgehenden Verzicht auf politische Außen- und Realwirkung verbunden ist – oder ob für die Einspeisung rechter Themen und Thesen das materielle Instrumentarium einer Landtagsfraktion zur Verfügung steht", schreibt Richter.

Gansel, Richter & Co. hoffen auf Staatsgelder zur Finanzierung ihrer Ideen. Als „wichtiger Kristallisationspunkt", so Richter, ist das „Bildungswerk für Heimat und nationale Identität e.V." gedacht. Es solle „die Denkansätze unserer ‘Dresdner Schule’ im öffentlichen Diskurs popularisieren", gab Gansel dem Verein als Aufgabe vor. Gegründet wurde er am 18. April in den Räumen der NPD-Fraktion. Entsprechend der Sitzverteilung im Landtag will die NPD für ihr „Bildungswerk" an den Zuschüssen für politische Stiftungen partizipieren. Bei einem Haushaltstopf von 770 000 Euro wären dies jährlich knapp 75 000 Euro für rechtsextreme Schulung und Theorieproduktion.

Tomas Sager

Abgeschlagen

Debakel für Rechtsextreme in NRW – die Republikaner rüsten jetzt zur Bundestagswahl.

Der NPD hatte es die Sprache verschlagen. Das Ergebnis der NRW-Landtagswahl stand schon seit 24 Stunden fest – zu einer Bewertung waren aber offenbar weder der Parteivorsitzende Udo Voigt noch NRW-Landeschef Stephan Haase in der Lage. Auf den Homepages der Partei war lediglich das nackte Resultat zu finden – ohne Kommentar. Aber die Zahlen sprachen auch so eine deutliche Sprache. Auf gerade einmal 0,9 Prozent war die Partei gekommen – weit entfernt vom Einzug ins Parlament und sogar ein Zehntelprozent zu wenig, um an der Wahlkampfkostenerstattung zu partizipieren.

Früher als die NPD fand der Republikaner-Vorsitzende Rolf Schlierer die Sprache wieder. Die Schuld für das Debakel – die Partei schnitt mit 0,8 Prozent noch schlechter ab als die NPD, obwohl sie in allen 128 Wahlkreisen antreten konnte – suchte er bei anderen. „Mit krimineller Energie betriebene Behördenschikanen“ nannte er als eine der Hauptursachen für das schwache Abschneiden der REP. Die Partei werde jetzt die Vorbereitungen für die Teilnahme an der Bundestagswahl treffen, kündigten die REP an. Nachdem die REP an der Ein-Prozent-Hürde für die Wahlkampfkostenerstattung scheiterten, bezifferte die Schlierer-Stellvertreterin Uschi Winkelsett den finanziellen Verlust auf 200 000 Euro. Dass sich die „Republikaner von diesem Rückschlag nicht entmutigen lassen“, wie Schlierer per Pressemitteilung versicherte, empfinden dessen Kritiker eher als Drohung, dass ihr Parteichef am „Weiter so“-Kurs festhält. In den einschlägigen Foren hebt erneut eine Diskussion an, ob die REP zu Wahlabsprachen mit der NPD kommen sollten.

Ihre besten Ergebnisse erzielten beide Parteien vor allem im Ruhrgebiet. Die Republikaner kamen auf 2,4 % im Wahlkreis Herne I, 2,2 in Gelsenkirchen II, 2,1 % im Kreis Aachen I und 1,8 % in Gelsenkirchen I. Die NPD erzielte 2,2 % in Duisburg III und Bochum III/Herne II, 1,9 % in Duisburg IV und 1,8 % in Oberhausen I. Für einen Einzug in den – je nach Geschmack – Bundes- oder Reichstag ist das natürlich zu wenig.

Tomas Sager

Briefkastenfirma

Jürgen Rieger verfügt über intensive Kontakte nach Schweden, Großbritannien und Spanien.

Die Wilhelm Tietjen Stiftung für Fertilisation Ltd. hat nach Recherchen von „Radio Bremen Fernsehen“ einen neuen Sekretär, Ingemar Lext. Als Wohnadresse ist Sveneby in Schweden angegeben, dort besitzt Jürgen Rieger seit Jahren ein weitläufiges Gutsgelände. Neben dem Herrenhaus gibt es mehrere kleine Gebäude, dort wohnen immer wieder schwedische Neonazis. Auch der neue Sekretär von Riegers britischer Firma soll auf Gut Sveneby eine Zeitlang zuhause gewesen sein, jetzt lebt er in Boros, einer Kleinstadt 150 Kilometer östlich von Göteborg. Nach Informationen aus Schweden soll Lext der Nationalsozialistischen Front Schwedens angehört haben. Deren Zeichen ist ein gelbes Hakenkreuz auf blauem Grund. Die NSF gehört zu den militantesten neonazistischen Gruppen. Auf Riegers schwedischen Besitz stehen auch Fahrzeuge mit deutschen Kennzeichen unter anderem aus Ostfriesland.

Der Hamburger Neonazi Rieger verfügt zur Zeit nicht nur über intensive Kontakte nach Schweden, sondern auch nach Großbritannien und Spanien. In seinem Schützenhaus im thüringischen Pößneck werden neben André Kapke und anderen regionalen Neonazis auch häufig Anhänger der British National Party gesehen. Die Londoner Stiftung von Rieger hat sich als Briefkastenfirma mit zwei Pfund Vermögen entpuppt. Deren Adresse wurde im vergangenen Januar geändert, dort findet sich allerdings nur eine Firma „City Link Limited“, direkte Ansprechpartner der Rieger-Firma gibt es nicht.

Laut Gerichtsbeschluss sollen die Bewohner des Riegerschen Heisenhofes in Dörverden in Niedersachsen das Gelände jetzt räumen, eine Wohnnutzung ist nicht gestattet. Der Bauantrag aber läuft. Unterstützt wird Rieger dabei von einem deutschen Architekten aus Malaga, wie es in den „Verdener Nachrichten“ heißt. Ob es sich hierbei um den Hamburger Altnazi, Wandsbeker NPD-Gründer und Immobiliensponsor Rolf Hanno handeln könnte, bleibt offen.

Andrea Röpke

Verfassungschutz

NPD im Aufwind

Der Rechtsextremismus ist nach wie vor Besorgnis erregend stark.

Die Bekämpfung des islamistischen Extremismus ist Kernaufgabe der deutschen Sicherheitsbehörden erklärte Bundesinnenminister Otto Schily bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2004. Erst an zweiter Stelle steht die Bekämpfung des Rechtsextremismus, der aber für den Innenminister „nach wie vor Anlass zu großer Sorge“ bietet. „Das skandalöse Auftreten ... der NPD im Sächsischen Landtag“ ist für Schily ein Beleg für deren Verfassungsfeindlichkeit. Als Erfolg des Verfassungsschutzes hebt er die Verhinderung des „Projekts Schulhof“ hervor, mit dem durch Verteilung von 50 000 Musik-CD’s Schüler an den Rechtsextremismus herangeführt werden sollten. Zur Erinnerung: „blick nach rechts“ hatte dieses Vorhaben, das von den Kultus- und Sicherheitsbehörden seinerzeit unter der Decke gehalten werden sollte, öffentlich gemacht und damit erst ein Einschreiten ausgelöst (bnr 13/04).

Der Verfassungsschutzbericht ist seit 45 Jahren der alljährliche Sachstandsbericht über die Aktivitäten der Feinde des demokratischen Gemeinwesens. Hauptakteure des Rechtsextremismus sind nach wie vor die Parteien NPD, DVU und REP, deren Mitgliederzahl allerdings nichts über ihre Kampagnenfähigkeit und ihren Einfluss aussagt. Die DVU unter autokratischer Führung von Gerhard Frey (11 000 Mitglieder) und die Republikaner (REP) unter dem um demokratisches Image bemühten, um Unterstützung in seiner Partei ringenden Rolf Schlierer (7500 Mitglieder) haben gegenüber dem Vorjahr jeweils 500 Mitstreiter verloren. Den REP gelingt es nicht, ungeachtet aller verbalen Bekundungen, sich als demokratisch darzustellen. Der Bericht weist anhand mehrerer Beispiele die „mangelnde Distanz vieler REP-Mitglieder/-Funktionäre zu anderen Rechtsextremisten“ nach.

Die NPD legte um 300 Mitglieder auf 5 300 zu – aber das zeigt den Bedeutungszuwachs dieser Partei nur unzureichend, die mit 9,2 Prozent der Stimmen und 12 Mandaten in den Sächsischen Landtag einzog und die Politik des Bundeslandes umkrempelte. Deutlich ist die Zusammenarbeit der NPD mit der Neonaziszene. Dadurch ist es dem als Triumphator auftretenden Parteivorsitzenden Udo Voigt scheinbar gelungen, die Führung der NPD im rechtsextremen Spektrum zu reklamieren. Unbestreitbar ist aber die (ziemlich sicher aus Fraktionsmitteln mitfinanzierte) Strategie, bei der Alt-Extremisten wie Franz Schönhuber mitwirken, derzeit die effizienteste. Dabei spricht die NPD mit Protestwählern und orientierungslosen jungen Menschen eine andere Klientel an als die DVU, die über die Publikationen des Verlagsgurus Gerhard Frey sich eher auf Ältere stützt. Die NPD erreicht mit ihrer – in Polen produzierten – monatlichen „Deutschen Stimme“ etwa 20 000 Leser, das REP-Zweimonatsorgan „Zeit für Protest“ 10 000, das wöchentlich erscheinende DVU-Sprachrohr „Deutsche Nationalzeitung“ wird amtlich auf eine Auflage von 40 000 Exemplaren geschätzt.

Ein wichtiges Kapitel im Verfassungsschutzbericht sind die „Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus“ (Deutsches Kolleg, Deutsche Akademie). Aufgeführt ist hier auch die Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (obwohl sie unter Publikationen nicht erwähnt wird); dort fänden „sich in Beiträgen von Redakteuren und Stammautoren gängige rechtsextremistische Argumentationsmuster oder positive Kommentare zu rechtsextremistischen Organisationen, Personen oder Publikationen“, heißt es. Genannt werden leider nicht die (erfolgreichen) Bemühungen um Interviews von Demokraten (unter anderem Rolf Hochhuth, Egon Bahr, Peter Glotz, Friedhelm Fahrtmann)

Bemerkenswert ist noch der Hinweis im aktuellen Bericht auf Antisemitismus in der Esoterik (S. 103 f.) und die Aktivitäten des „Europäischen Darstellungsverein für Lebendige Geschichte“ als Mitglied der weltweiten „Re-Enactment-Bewegung“, der sich bei der Nachstellung von Geschichte der Aktivitäten der Waffen-SS angenommen hat.

Bei den Straftaten verzeichnen die Verfassungsschützer für das vergangene Jahr einen Zuwachs um 11,7 Prozent auf 12 051, bei den Gewalttaten (nur) um 2,2 Prozent auf 776, was dem öffentlichen Erscheinungsbild der gewaltbereiten extremen Rechten nur unzureichend gerecht wird.

Klaus-Henning Rosen

„Entscheidende Kraft“

In Hamburg verzeichnet die NPD Übertritte von Neonazis und den Republikanern.

Nach „Jahren des kontinuierlichen Abwärtstrends“ und „eingefahrenen Strukturen“, berichtete der Hamburger Innensenator Udo Nagel (parteilos), beobachte der Verfassungsschutz seit Mitte 2004 einen „Aufschwung bei erheblichen Teilen der rechtsextremistischen Szene“. Als einen wesentlichen Grund für diese Entwicklung nannte Nagel die Annäherung von NPD und DVU durch Wahlabsprachen. Einen kleinen Schatten auf die NPD-DVU-Connection soll dem Vernehmen nach jedoch die Wahl des führenden Hamburger Neonazis Thorsten Heise in den NPD-Bundesvorstand geworfen haben. DVU-Chef und -Sponsor Gerhard Frey kommentierte seine leichte Aversion gegen Nazismus und Neo-Nazismus mit den Worten: „Wir haben damit nichts zu tun.“ Dennoch wird die DVU 2006 in Bremen und zwei Jahre darauf in Hamburg zu den Landtagswahlen mit einer Liste antreten, auf der auch Plätze für NPDler reserviert sind.

Parallel zu der Vermeidung von Konkurrenzkandidaturen setzt die NPD verstärkt auf die Zusammenarbeit mit Neonazis. Zuletzt sollen Angehörige der Hamburger Kameradschaftsszene zur NPD übergetreten sein. Die NPD konnte in Hamburg von der „Volksfront von Rechts“-Kampagne erst ab Ende des Jahres 2004 profitieren. „Die Partei ist drauf und dran, die entscheidende Kraft zu werden“, analysierte der Hamburger Verfassungsschutzchef Heino Vahldieck (CDU). „Bedenklich ist, dass die Rechten besonders erfolgreich junge Leute werben“, sagte Innensenator Nagel.

„Bundesweite Bedeutung“, zuletzt allerdings mit sinkendem Einfluss, schreibt der Verfassungsschutz weiter einigen seit Jahren aktiven „Protagonisten“ der Hamburger Kameradschaftsszene zu. So habe der bundesweit agierende Christian Worch erneut als Anmelder und Veranstalter von Demonstrationen des so genannten „freien Widerstands“ juristische Achtungserfolge zu verzeichnen gehabt. Dennoch soll der „gruppenunabhängige Einzelaktivist“ zurzeit über wenig Rückhalt in Kreisen der Hamburger Rechtsextremisten verfügen. Worch ging in einem „offenen Brief“ zudem zur NPD auf Distanz, mit der er nur „punktuell“ zusammenarbeiten wolle. Ein anderer alter Bekannter, der stark aktionistisch ausgerichtete Thomas Wulff, hat seinen Wirkungskreis durch seinen Umzug nach Mecklenburg-Vorpommern verlagert. Zu dem zurzeit einzigen klassisch neonazistischen Kameradenkreis gehörten im vergangenen Jahr 15 Personen. Wulff, der zu den Verfechtern der neuen Volksfrontidee gehört, arbeitet weiter an der Kooperation mit der NPD, der er auch beitrat. Bei einem Auftritt mit Holger Apfel, dem NPD-Fraktionschef im sächsischen Landtag, betonte Wulff die Notwendigkeit der Zusammenarbeit seiner „freien Kräfte“ mit der NPD. Parallel dazu lässt Wulffs Kameradenkreis zu besonderen Anlässen wie bei den Protesten gegen die Wehrmachtsausstellung mit „lokaler Basisarbeit“ aufhorchen, also dem Verteilen von Flugblättern, Straßentheater oder Mahnwachen. Tobias Thiessen, ein Spezi von Wulff, betreibt weiter das „Aktionsbüro Norddeutschland“, das via Internet Informationen streut und der Szene als Kommunikationsforum dient. Hier erfahren die Aktivisten, wann der nächste Demo-Termin ansteht, wo es Aufkleber gibt und welche Themen im rechtsextremen Lager gerade diskutiert werden.

Mit der NPD geht es in Hamburg aufwärts, mit den anderen rechtsextremen Parteien abwärts. DVU und Republikaner (REP) legten wie in den Vorjahren „Inaktivität und inhaltliche Armut“ an den Tag. So gesehen ist die am 8. Januar 2005 erfolgte Auflösung des REP-Landesverbandes konsequent, der fast geschlossen zur NPD übertrat. Diese Vorgehen konterkariert allerdings den Abgrenzungs-Kurs der REP-Bundesführung gegen die Nationaldemokraten.

In dem Stadtstaat betrug das Personenpotenzial der NPD Ende 2004 – wie im Vorjahr – 95 Aktivisten. Die DVU zählt 180 Personen (2003: 200), die REP schrumpften bis Ende 2004 auf 20 (2003: 40) Mitglieder. Die Gesamtzahl der Rechtsextremisten in Hamburg nimmt seit 1995 (damals gehörten 1250 Personen zu diesem Spektrum) kontinuierlich ab und beträgt zurzeit 530 (2003: 590), darunter 75 (2003: 70) Neonazis und 140 (2003: 150) Gewaltbereite einschließlich Skinheads. Diese Klientel verübte 179 Straftaten (40 mehr als im Vorjahr), davon neun Gewalttaten (2003: 4).

Volker Stahl

Grauzone

Feindbild Liberalismus

Ex-JF-Redakteur nutzt antisemitisches Forum.

Manuel Ochsenreiter, früherer Redakteur der „Jungen Freiheit" und seit Ende 2004 Chefredakteur der extrem rechten „Deutschen Militärzeitschrift" (DMZ), die von Dietmar Munier aus Selent bei Kiel vertrieben wird, ist frischgebackener Interviewpartner des deutschsprachigen Internet-Portals „Muslim-Markt" (17. Mai).

Im Interview spricht Ochsenreiter (Jg. 1976) unter anderem über mögliche Gemeinsamkeiten zwischen „Rechten" und Muslimen. „Beide", so Ochsenreiter, „stehen kritisch der Ideologie des Liberalismus gegenüber, die smart als ‘Freiheit’ daherkommt, in Wirklichkeit aber Auflösung, Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit bedeutet." Ochsenreiter vertritt die Auffassung, dass es „ein geschichtlich gewachsenes Verhältnis von Muslimen und Christen gibt", da auch „zahlreiche muslimische Freiwillige Seite an Seite mit deutschen Soldaten" im Zweiten Weltkrieg kämpften. Ochsenreiter wirft den großen muslimischen Verbänden in der Bundesrepublik vor, sich an die SPD und die Grünen anzulehnen: „Hier drängt sich der Eindruck auf, Integration im linken Sinne meint, aus gottesfürchtigen und wertebewussten Menschen, gut steuerbare Konsumtrottel zu formen."

Im aktuellen Verfassungsschutzbericht des Bundes heißt es über den türkischstämmigen Schiiten und Betreiber von „Muslim-Markt" (MM), Yavuz Özoguz, dass dieser Anfang 2004 wegen Volksverhetzung zu einer Freiheitsstrafe von drei Monaten auf Bewährung verurteilt wurde. Gegenstand des Verfahrens, so der Verfassungschutz, „waren zwei über den MM zugängliche Artikel auf der Website ‘Palästina Spezial’. Dort waren Bilddokumente aus der NS-Zeit mit aktuellen Aufnahmen aus dem israelisch besetzten Westjordanland ohne Kommentierung kombiniert wurden. Dies bewertete das Gericht als ‘feindselige Agitation’ gegen die Juden." Der niedersächsische Verfassungsschutzbericht erwähnte MM 2003 „als Forum", das „für antiisraelische und antijüdische Propaganda genutzt wird".

Anton Maegerle

Strammer Marsch

Ex-SDSler driftet immer weiter nach rechts.

Bernd Rabehl (Jg. 1938), einstmals Theoretiker der APO und des SDS sowie Weggefährte von Rudi Dutschke, ist nach einem Interview mit dem NPD-Bundesorgan „Deutsche Stimme" (März-Ausgabe) am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität Berlin nicht mehr erwünscht. Institutsdirektor Bodo Zeuner setzt sich dafür ein, dem seit 2003 emeritierten Honorarprofessor für Soziologie Rabehl die Lehrerlaubnis entziehen zu lassen, wie es in einem in der Presse zitierten Schreiben heißt. Im Interview vergleicht Rabehl die Motive des jüdischen Volkes, „nach 1945 als Antwort auf die Diskriminierungen" den Staat Israel zu gründen, mit der Gedankenwelt des einstigen NPD-Bundesvorsitzenden Adolf von Thadden. Die heutige Führungselite der Bundesrepublik „erinnert" Rabehl „an die Nomenklatura im Osten. Um ihre Macht zu erhalten, werden Manipulation, Denunziation, Ausgrenzung oder Kriminalisierung eingesetzt, um eine entstehende Opposition oder Einzelpersönlichkeiten zu diskriminieren."

Rabehls erster öffentlicher Auftritt in extrem rechten Kreisen fand im Dezember 1998 statt. Vor 120 Personen beklagte Rabehl als Referent bei den „Bogenhauser Gesprächen" der Burschenschaft Danubia die „politische Überfremdung Deutschlands" und lamentierte über die „Zersetzung der nationalen Identität". Seit dieser Zeit war er als Referent in ultrarechten bis rechtsextremen Kreisen vielgefragt: beispielsweise bei einer Vortragsveranstaltung der Republikaner in Berlin, beim Berliner Kolleg des Instituts für Staatspolitik, beim Berliner Arbeitskreis, einer Initiative der Deutschland-Bewegung, oder bei der diesjährigen Jahrestagung der Deutschen Konservativen. Als Autor greift Rabehl unter anderem für die „Konservative Deutsche Zeitung" sowie die „Junge Freiheit" (JF) zur Feder. In der JF führt er aus: „Der Staat Israel wird als Vermächtnis der jüdischen Völker genommen, ohne diesen Staat als Okkupationsmacht im Nahen Osten zu betrachten." Als Interviewpartner stand Rabehl in jüngster Zeit neben der „Deutschen Stimme" auch dem DVU-Sprachrohr „National-Zeitung" zur Verfügung.

Anton Maegerle

Opfer angeblicher Zensur

Eine Kampfschrift über das Selbstverständnis der Neuen Rechten.

„Die Motivation zu diesem Buch ist eine existenzielle“, stimmt sein Autor Dieter Stein, Chefredakteur der Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF), schon in der ersten Zeile ein. Und in der Tat geht es um Großes: nämlich die faktische Abschaffung von Meinungsfreiheit und politische Zensur durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen (VS NRW). Mittels des Phantombegriffs „Neue Rechte“ erträumten dessen „zweifelhafte Strategen“, das „bürgerliche, konservative, rechte Lager, kurz: die eine Hälfte des demokratischen Spektrums“ in Schach zu halten. Dieser Begriff dient damit aus Sicht des Autors nicht der Erkenntnis, sondern ist Mittel im politischen Kampf.

Das Düsseldorfer Innenministerium erwähnt die JF regelmäßig seit 1995 in seinem Verfassungsschutzbericht und avancierte damit zum Lieblingsgegner der Zeitung, die seit 1996 und bislang erfolglos juristische Auseinandersetzungen um die Beobachtung führt. Entsprechend aufgeregt und polemisch ist die Sprache des Buches: „Groteske“, „Kabarett-Nummer“, „institutionalisierter Wahnsinn“, „inquisitorische Hexenjagd“, „skandalöse Vorverurteilung“ und mehr. Diffuse „Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“ sollen ausreichen, eine Zeitung öffentlich an den Pranger zu stellen. Die Gerichte, die bis heute in dieser Sache entschieden haben, hatten keinen Zweifel, dass die JF genügend Anhaltspunkte liefert, um durch den NRW-Verfassungsschutz beobachtet zu werden. Nachzulesen im aktuellen VS-Bericht NRW ist unter anderem die Forderung einer JF-Autorin, die deutsche politische Klasse zu verabschieden und Macht an eine neue Elite zu delegieren. Im selben Jahr lobte die JF die Hauptschrift Edgar Julius Jungs „Die Herrschaft der Minderwertigen – Ihr Zerfall und ihre Ablösung durch ein Neues Reich“.

Um die Verschwörungstheorie abzusichern, wird vom Autor Stein durch Auslassung suggeriert, der VS NRW nehme das Monopol in der Erwähnung der Neuen Rechten ein. Richtig ist, dass die Innenministerien des Bundes und der Länder uneinheitliche Positionen vertreten; teils wird die Neue Rechte als Bindeglied zwischen dem konservativen und dem rechtsextremen Lager, und damit als Brücke zur gesellschaftlichen Mitte gesehen. Die JF taucht aber auch in weiteren Verfassungsschutzberichten auf – was Stein wohlweislich verschweigt. So ist im Bericht des Bundes für 2003 zu lesen: „Mitunter deuten rechtsextremistische Intellektuelle in ihren Texten extremistische Positionen nur an und sind um verbale Mäßigung bemüht, um auf diese Weise zu einer Erosion der Abgrenzung zum demokratisch-konservativen Lager beizutragen, (…) Ein Beispiel dafür bietet die Wochenzeitung ‘Junge Freiheit’“. Im aktuellen Bericht Baden-Württembergs heißt es: „Festzuhalten bleibt, dass etliche Beiträge in den Ausgaben des Jahres 2004 (…) tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen enthalten. Daneben sind in der JF eine ganze Reihe von Anzeigen für rechtsextremistische Organisationen und Publikationen zu finden“.

Insgesamt handelt es sich bei der Publikation Dieter Steins um eine Kampfschrift, die immerhin den Vorteil hat, in kompakter Form das Selbstverständnis der Neuen Rechten aus erster Hand zu bieten. Dazu gehören ein historischer Exkurs ihrer Strömungen seit den sechziger Jahren, die Diskussion des Einflusses der französischen Nouvelle Droite und ein Interview mit deren Vordenker Alain des Benoist – der die Methoden des Verfassungsschutzes in die Nähe zur nationalsozialistischen Judenverfolgung rückt.

Zu welch absurden Behauptungen die Unterstellung allgemeiner Denkverbote und geistiger Umerziehung führt, war kürzlich in der JF nachzulesen: Stammautor Thorsten Hinz („Doris Neujahr)“, Träger des Gerhard-Löwenthal-Journalistenpreises der JF, notierte angesichts angeblich einhelligen Jubels über Götz Alys Neuerscheinung „Hitlers Volksstaat“ eine Stimmung wie während Goebbels Sportpalast-Rede: „Führer befiehl, wir folgen“. Hinz ist so dreist, die anhaltenden scharfen Kontroversen über Alys Buch zur Akklamation einer Zeitgeist-Volksgemeinschaft umzufälschen.

Michael Pechel

Dieter Stein, Phantom „Neue Rechte“. Die Geschichte eines politischen Begriffs und sein Missbrauch durch den Verfassungsschutz, Junge Freiheit Verlag, Berlin 2005.

Ausland

Machtkämpfe

Neugründung soll National Alliance ersetzen.

Der Kollaps der National Alliance (NA), ehemals die einflussreichste rechtsextreme Organisation der Vereinigten Staaten, geht weiter. Grund ist das Verhalten des Führungsduos Erich Gliebe und Shaun Walker. Unter heftigen Protesten hatten diese im April den Ausschluss einer Reihe alt gedienter Mitglieder bekannt gegeben, unter ihnen auch Alfred Strom, Schöpfer der Radiosendung „American Dissident Voices“. Strom gilt als Sprachrohr einer Gruppe von „Modernisierern“, aus deren Reihen Gliebe und Walker in den letzten Monaten massiv kritisiert worden war. Die geschassten Aktivisten haben eine neue Organisation unter dem Namen des bisherigen Magazins und Internetnachrichtenportals „National Vanguard“ gegründet, deren erklärtes Ziel es ist, die NA zu ersetzen.

Die Geschichte der Machtkämpfe innerhalb der Führungsriege der rassistischen Gruppe aus West Virginia lassen sich bis zum Tod von NA-Gründer William Pierce im Juli 2002 zurückverfolgen. Das selbstherrliche Gebaren von Gliebe und seiner rechten Hand Walker im Umgang mit den strategischen und wirtschaftlichen Belangen der Organisation zog schnell den Zorn vieler frustrierter Anhänger auf sich, die bemüht sind, der NA ein gutbürgerliches Profil zu geben. Gliebe hat seine Position als Vorsitzender mittlerweile an Walker abgetreten und konzentriert sich offiziell wieder auf die Leitung des Musikunternehmens „Resistance Records“. Der Ex-Marine Walker ist an der Basis allerdings noch unpopulärer.

Die Gegenfraktion unter dem Banner von National Vanguard kann sich hingegen nicht über mangelnde Loyalitätsbekundungen beklagen. Zahlreiche lokale NA-Gruppen haben bereits angekündigt, ihre Aktivitäten unter dem neuen Namen fortzuführen und keine Beiträge mehr an das Hauptquartier abzuführen. Sitz der Splittergruppe ist die Stadt Charlottesville im Nachbarstaat Virginia. Zu erwarten ist, dass Kevin Strom eine Führungsrolle innerhalb der Organisation übernehmen wird.

Michael Funk

"Eidgenössisch-sozialistisch"

Rechtsextremisten erobern weiteres Mandat.

Schockiert reagierten große Teile der Schweizer Öffentlichkeit auf das Ergebnis der Kommunalwahlen in der Gemeinde Günsberg im vergangenen April. Mit Dominic Bannholzer wurde dort zum zweiten Mal seit ihrer Gründung ein Mitglied der rechtsextremen Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) von den Wählern in ein öffentliches Amt gehoben. Der erst 19-jährige Bannholzer, der eine aggressive Kampagne für härtere Strafen gegen Drogenhändler und straffällige Asylbewerber gefahren hatte, holte 21 Prozent der Stimmen und zog damit in das Gemeindeparlament der Ortschaft fünf Kilometer nördlich von Solothurn ein. Ihren ersten Abgeordneten stellt die PNOS seit Oktober 2004 im Kanton Aargau, wo der Straßenbauer Tobias Hirschi bei den Nationalratswahlen in den Stadtrat von Langenthal gewählt wurde.

Die Anhänger der PNOS feiern die Ergebnisse als Beweis ihrer Etablierung als konkurrenzfähige politische Kraft. Gegründet wurde die Organisation im Herbst 2000 von den beiden ehemaligen Blood&Honour-Mitgliedern Jonas Gysin und Sascha Kunz. Die beiden wegen Körperverletzungsdelikten auffällig gewordenen Skinheads sahen in dem Projekt die Chance, „aus dem Dunstkreis der Gewalt heraus zu kommen“ und ihre Ideen salonfähig zu machen. Inhaltlich orientiert sich die Schätzungen des Schweizer Bundesamts für Polizei zufolge etwa 130 Mitglieder zählende PNOS eindeutig am historischen Nationalsozialismus. Parteiprogramm und –publikationen wie die Monatszeitschrift „Der Zeitgeist“ propagieren nationalistisch-völkisches Gedankengut und eine antidemokratische Weltanschauung. Ausländer, Zionisten oder Sozialisten werden als Feindbilder kultiviert. In den ersten drei Jahren trat die PNOS vor allem als Organisator teilweise unerlaubter rechter Aufmärsche in Erscheinung. Seit dem Austritt von Kunz im April 2003 fungiert Gysin als alleiniger Vorsitzender. Vier Mal hat die Partei in der „Deutschschweiz“ mittlerweile an Urnengängen teilgenommen. Die Einordnung als rechtsextrem weisen PNOS-Funktionäre allerdings zurück – sie bevorzugen „eidgenössisch-sozialistisch“.

Michael Funk

Blick in die Zeitgeschichte

Kontinuität nach 1945

Vieles spricht dafür, über die Frühzeit der Bundesregierung historische Klarheit zu schaffen.

Dass 1949 mit Gründung der Bundesrepublik kein wirklich neuer personeller Anfang möglich war, versteht sich fast von selbst. Es gab gar nicht genug Fachleute, um einen Staat von Grund auf mit neuen Leuten zu etablieren. Der allseits bekannte Fall des Hans Globke ist dafür freilich kein Beleg. Der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer hätte andere Experten für die Leitung des Bundeskanzeramts finden können, als ausgerechnet den Mann, der durch seine Kommentare die formaljuristischen Grundlagen für die Vollstreckung der schrecklichen „Nürnberger Gesetze“ geschaffen hat.

Gleichwohl vertreten Joschka Fischer, Renate Künast, Dieter Wiefelspütz und Claudia Roth zu Recht die Auffassung, es sei angemessen, die Frühgeschichte der Bundesministerien von Historikern untersuchen zu lassen. Es gab nämlich durchaus personelle Kontinuitäten und es gibt noch immer weiße Flecken. Angestoßen hat den Entschluss, sich nach 55 Jahren mit diesem Thema zu beschäftigen, Außenminister Fischer. Der wollte nicht wie alle seine Vorgänger NS-belasteten Diplomaten ehrende Nachrufe mit ins Grab geben. Joschka Fischer bekam spontan Unterstützung von Dieter Wiefelspütz, dem innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion. Später kamen die Grünen-Chefin Claudia Roth und Fischers Kabinettskollegin Renate Künast hinzu. Dabei ging Wiefelspütz am weitesten, indem er verlangte, die „gesamte Bundesregierung“ auf personelle Kontinuität nach der NS-Zeit untersuchen zu lassen. Dafür sprechen auch Zahlen, die der damalige Bochumer Zeithistoriker Norbert Frei schon vor fünf Jahren in seiner Habitilationsarbeit „Vergangenheitspolitik – Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit“ vorgelegt hat. Das im C. H. Beck-Verlag in München erschienene Buch liefert für die aktuelle Debatte eine ganze Fülle von wichtigen Informationen über die Kontinuität nach 1945. 30 Prozent der fast 15 000 Planstellen im Ministerialbereich der Bundesverwaltung waren 1953 von ehemaligen NSDAP-Mitgliedern besetzt. Darüber lagen das Innenministerium mit 42 und das Außenministerium mit 40 Prozent. Im Vertriebenenministerium unter dem Altnazi Theodor Oberländer waren es sogar 75 Prozent.

Dass es bei so vielen Altnazis in entscheidenden Punkten Schwierigkeiten geben könnte, erkannte als erster Bundesinnenminister Gustav Heinemann. Er wollte durch einen Kabinettsbeschluss erreichen, dass höchstens 25 Prozent der Ministerialbeamten aus der NS-Hierarchie kommen durften. Heinemann konnte sich im Kabinett leider nicht durchsetzen, aber er hat sich immerhin redlich bemüht.

Wie dringend eine Regelung war, zeigte sich auch im Bundesjustizministerium. Dort hatte bereits Justizminister Thomas Dehler Mitte der 50er Jahre eine Große Strafrechtsreform auf den Weg gebracht. Generalreferent dieser gewaltigen Reform wurde Ministerialdirigent Eduard Dreher, der aus dem NS-Justizministerium kam. Er stand in engem Kontakt unter anderem mit dem FDP-Bundestagsabgeordneten Ernst Achenbach aus Essen, der während der Besetzung Frankreichs in der Deutschen Botschaft in Paris gearbeitet hatte. Ein in der Wolle gefärbter Nazi und Befürworter einer Generalamnestie. Ganz in diesem Sinn hatte auf Veranlassung Drehers das Ministerium aus den vielen, dringend notwendigen Änderungen im Zusammenhang mit der Strafrechtsreform bereits 1968 eine auf den ersten Blick nebensächliche Kleinigkeit herausgenommen und dem Bundestag zugeleitet. Das Parlament nahm die neue Regelung an – mit der Folge, dass nunmehr das gesamte Personal des Reichssicherungsheitshauptamtes der SS, also der Terrorzentrale des NS-Staates schlechthin, nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden. Das hing unter anderem mit der Neuregelung von Verjährungsfristen zusammen, die hier aus Platzgründen nicht dargestellt werden kann.

Es wäre erstaunlich, wenn dies der einzige schwerwiegende Fall in der Frühzeit der Bundesregierung gewesen wäre. Das herauszufinden, würde eine der Aufgaben der Historikerkommission sein. Vielleicht kann sich das Kabinett ja doch noch der Forderung von Dieter Wiefelspütz anschließen, generell die Frühzeit nach 1949 untersuchen zu lassen. Es geht ausschließlich darum, historische Klarheit zu schaffen.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Ein Ort der Information

Die Entstehungs- und Baugeschichte des Holocaust-Mahnmals.

Am 10. Mai 2005, 17 Jahre nach dem ersten Anstoß durch die Bürgerinitiative „Perspektive für Berlin“ um den Historiker Eberhard Jäckel und die Fernsehjournalistin Lea Rosh, wurde das „Denkmal für die ermordeten Juden Europas“ in Berlin feierlich der Öffentlichkeit übergeben.

Das Denkmal steht – und jetzt schlägt die Stunde für eine vertiefende Information, aus der möglichst viele Besucher, die ja ein höchst unterschiedliches Vorwissen haben dürften, Nutzen ziehen können. Diesen Anspruch erfüllt der Materialienband, den die Stiftung herausgegeben hat, auf durchaus geglückte Weise. Er untersucht in insgesamt 14 Beiträgen die Entstehungs- und Baugeschichte des Denkmals, gibt Hinweise zur Interpretation und zeichnet Umkreis, Geschichte und Hintergrund des Holocaust nach. Er ist damit auch ein wichtiges Bindeglied für die dem Gesamtkonzept der Anlage zugrundeliegende Verschränkung und den Wechselbezug der beiden Ebenen, der oberirdischen und abstrakten Ebene des Denkmals, das offen für viele Interpretationen ist und auf emotionale Erfahrung zielt, und der konkreten Geschichte des Holocaust, die der unterirdische „Ort der Information“ mit den Mitteln der Personifizierung und Konkretisierung eindringlich und überzeugend nahebringt.

Günter Schlusche liefert, nach kurzen Vorworten von Wolfgang Thierse und Lea Rosh sowie einer etwas hermetischen Interpretation von Peter Eisenman, die Planungsgeschichte des Denkmals und zeichnet den historischen Hintergrund der beiden Grundstücke nach, auf dem es liegt. Wolfgang Benz gibt einen Abriss der langjährigen Debatten, die dem Bau vorausgingen und ihn begleiteten. Sibylle Quack und Dagmar von Wilcken erläutern überzeugend das gestalterische Konzept für den „Ort der Information“: „In der Ausstellung stehen die Inhalte, vor allem die Geschichten einzelner Schicksale des Mords an den europäischen Juden im Vordergrund. ... Durch das gestalterische Zitat der Stelenform und des Eisenmanschen ‚Rasters‘ ist das den Ermordeten gewidmete Denkmal gegenwärtig und spürbar“.

Mit einer Chronologie der Jahre 1933 – 1945 in Text und, wahrhaft erschütternd, in einer Folge von Fotografien, beginnt dann die „Dokumentation des Leidens“, die den historischen und durchweg unmittelbar aus den Quellen erarbeiteten Teil eröffnet. Dieter Pohl gibt darin einen Überblick über die statistischen Grundlagen für die Ermittlung der Zahl der Ermordeten, Monika Richarz stellt einige der in den Ghettos und Lagern entstandenen Augenzeugenberichte vor, die sich nur durch Zufall erhalten haben („Schreiben im Angesicht des Todes“). Ulrich Baumann und Francois Guesnet zeichnen ausführlich und exemplarisch vier Familiengeschichten nach – in der Ausstellung sind es insgesamt 15 –, die für die Vielfalt der jüdischen Lebenswelten in Europa stehen. Uwe Neumärker untersucht – beispielhaft für die Vielzahl der Schauplätze des Holocaust – die Verfolgung und Vernichtung der Juden in sieben Städten.

Über die Dokumentation der Opfernamen in Yad Vashem und die Art und Weise ihrer Ermittlung informieren Avner Shalev und Alexander Avraham. Eberhard Jäckel geht in seinem Beitrag der „Bedeutung der Namen“ nach: Der „Versuch, die Namen aller Opfer in ganz Europa zu sammeln ... war die ursprünglichste und wichtigste Aufgabe ... der Gedenkstätte Yad Vashem.“ Ungefähr drei Millionen Namen liegen inzwischen vor und sind im „Ort der Information“ in einer besonderen Präsentation und über eine Datenbank zugänglich: „Dabei lag die Überzeugung zugrunde, dass die Namen der ermordeten Juden Europas an zwei prominenten Stellen versammelt sein sollten, im Land der Opfer und in dem Land, von dem der Mord ausgegangen war.“ (S.122f.). Reinhard Rürup unterzieht die Erinnerung an den Judenmord, die verschiedenen Formen des Gedenkens und die unterschiedlichen Erinnerungskulturen einem internationalen Vergleich. Sein Fazit: „Erinnerungspolitik ist nicht rückwärts gewandt, sondern dient der Gegenwart und der Zukunft.“ (S.171).

Theo Meier-Ewert

Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas (Hrsg.): Materialien zum Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Berlin 2005, 184 S. 24,80 EUR.

Meldungen

Streit in der Szene

Wuppertal - NPD und jene Teile der „Freien Nationalisten“, die ohnehin der Rechtsaußen-Partei skeptisch gegenüberstehen, driften noch weiter auseinander. Anlass ist eine Pressemitteilung des NPD-Kreisverbandes Ennepe-Ruhr/Hagen, in der eine vom neonazistischen Aktionsbüro Westdeutschland am 14. Mai in Wuppertal organisierte Demonstration als „Aufmarsch einer Kasperletruppe“ bezeichnet wird, „der wir jede ernsthafte Politikfähigkeit absprechen“. Beim Kampfbund Deutscher Sozialisten(KDS), den der NPD-Kreisverband offenbar für den eigentlichen Urheber der Demonstration hält, handele es sich um einen jener Zirkel, die „allenfalls Tummelplätze für Irre oder Agenten aller Art darstellen“. Als Urheber dieser Pressemitteilung wird der NPD-Funktionär Thorsten Crämer angesehen. Eine Intervention der „Organisationsleitung“ des KDS in Gestalt von Thomas Brehl (Langen) war die Konsequenz. Er warnt in einem Schreiben an Thomas Wulff: „Entweder der Bundesvorstand der NPD distanziert sich von den Ergüssen von Thorsten Crämer und Co. oder das Ganze wird von uns als Kriegserklärung gegen den gesamten Freien Widerstand begriffen, womit Euer Volksfrontexperiment auch im Hinblick auf das zu erwartende Wahldesaster zumindest in NRW als gescheitert angesehen werden kann.“ Warum gerade Wulff der Empfänger des Brehl-Schreibens geworden sein könnte, verrät Christian Worch: Wulff sei als – inzwischen hauptamtlicher – Mitarbeiter der NPD persönlicher Referent des Parteivorsitzenden Udo Voigt geworden. (ts)

Beliebtes rassistisches Event

USA (Dawson Springs) – Zum mittlerweile fünften Mal veranstalten die Imperial Klans of America (IKA) in Kooperation mit der US-amerikanischen Sektion der Skinhead-Organisation Blood&Honour vom 27. bis zum 30. Mai in Kentucky das alljährliche „Nordic Fest“. Die Veranstaltung, die in den letzten Jahren auch von dem inzwischen kollabierten Musiklabel „Panzerfaust Records „unterstützt worden war, zählt zu den populärsten Treffen der rechtsextremen Szene auf dem Kontinent. Neben einem guten Dutzend Neonazi-Bands aus den USA und Europa (mit „Race War“ ist auch eine deutsche Gruppe vertreten) sind Verkaufsstände, Vorträge sowie die zeremonielle Entzündung eines Hakenkreuzes angekündigt.Unerwünschten Besuchern wird empfohlen, dem Event „in ihrem eigenen Interesse“ fernzubleiben. Als Vorsichtsmaßnahme werden Koordination und Austausch wichtiger Informationen wie etwa der genaue Ort, Anfahrtswege oder Hotels von den Veranstaltern um „Imperial Wizard“ Ron Edwards ausschließlich über den Passwort geschützten Bereich einer Website der IKA abgewickelt. (mf)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de